

Deal mit Bombentechnologie

Geplanter Verkauf des Urananreicherers Urenco beunruhigt Umweltschützer. Zahlreiche Interessenten vom Hedgefonds bis zum japanischen Anlagenbauer. **Von Reimar Paul**

Der Urananreicherer Urenco mit seinen vier Anlagen in Deutschland, den Niederlanden, Großbritannien und den USA steht zum Verkauf. Kritiker befürchten, dass das Unternehmen – und damit die Technologie zur Herstellung auch atomwaffenfähigen Materials – in die Hände von Hedgefonds, Geheimdiensten oder Militärdiktaturen gelangen könnte. Ein Bieterverfahren läuft – bislang weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit. Im Gespräch ist ein Verkaufspreis von rund zehn Milliarden Euro.

Wie die *Süddeutsche Zeitung* am vergangenen Wochenende berichtete, ist die Liste der Interessenten lang. Demnach werden neben dem kanadischen Uranhändler Cameco, dem japanisch-britischen Anlagenbauer Toshiba Westinghouse und dem französischen Areva-Konzern Hedge- und Investmentfonds wie KKR, Blackstone oder Apax als mögliche Käufer gehandelt. Auch in Hongkong, Indien und dem Nahen Osten gebe es Begehrlichkeiten.

Urenco reichert Uran mittels der Zentrifugentechnik an, mit der der Anteil des im Natururan nur zu etwa 0,7 Prozent enthaltenen spaltbaren Isotops U-235 auf drei bis vier Prozent erhöht wird. Grundsätzlich ist eine weitere Anreicherung auf Bombenniveau möglich. Die Urenco-Fabriken versorgen insgesamt etwa ein Drittel der Atomkraftwerke auf der Welt mit »Brennstoff«. Allein die Anreicherungsanlage im westfälischen Gronau beliefert jedes zehnte AKW. Zugleich fallen dort jährlich mehr als 6.000 Tonnen Atom- müll an, für dessen Lagerung 2015 ein neues Zwischenlager ohne zeitliche Befristung in Betrieb gehen soll.

Die Urenco gehört zu jeweils einem Drittel Großbritannien, den Nieder-



Polizeischutz für die Gronauer Urananreicherungsanlage während einer Demo gegen die Fabrik am 11. März 2012

landen sowie in Deutschland den Energiekonzernen RWE und E.on. Durch den Vertrag von Almelo – in der niederländischen Stadt steht eine weitere der vier Anlagen – hat die Bundesregierung starke Mitsprache- und Kontrollrechte sowie ein Vetorecht beim Verkauf. Sie nutzt diese aber nicht, wie aus einer Anfang dieser Woche veröffentlichten Antwort der Regierung auf eine Anfrage der Linken hervorgeht. Statt die künftigen Eigentümer durch Staatsverträge weiter zu kontrollieren, soll es für sie nur noch einen nicht näher definierten »Rechtsrahmen« geben. Zudem weigert sich die Bundesregierung, das Parlament

in die Beratungen zum Urenco-Deal einzubeziehen.

»Die Antworten der Bundesregierung sind alarmierend«, erklärte Udo Buchholz vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) am Montag. Statt eine rote Linie zu ziehen, um die Verbreitung der Atomwaffentechnologie zu verhindern, fördere das Kabinett von Kanzlerin Angela Merkel den unkontrollierten Verkauf von Urenco. Der Verband fordert die Bundesregierung auf, die Vorbereitungen dazu sofort zu stoppen. Die Urananreicherung und die Zentrifugenforschung in Deutschland müssten zudem umgehend beendet werden.

Für »sehr besorgniserregend« halten Bürgerinitiativen auch das fehlende Dementi der Bundesregierung, was einen möglichen Börsengang von Urenco betrifft. Die Nachrichtenagentur *Reuters* hatte kürzlich gemeldet, dass die Eigentümer einen Börsengang nach der britischen Unterhauswahl im Mai 2015 erwägen, um ein möglichst hohes Verkaufsergebnis zu erzielen. In diesem Fall könnte sich praktisch jeder Anteile an Urenco und der brisanten Zentrifugentechnologie sichern. Michael Sailer vom Öko-Institut Darmstadt findet es »unverantwortlich, eine Technologie mit solcher Zerstörungskraft dem Markt zu überlassen«.